



Nr. 91 / 24. April 2019

## **Bundesweite Veranstaltungen zur Suche nach Endlagern für Atommüll – Landtagsvizepräsidentin ruft zu Transparenz und Dialog mit Bürgern auf**

**Deutschland benötigt ein Endlager für Atommüll – bis 2031 muss ein Ort dafür gefunden werden. Unter dem Motto „Endlager gesucht“ beginnen heute (Mittwoch) bundesweite Informationsveranstaltungen, die das Verfahren zur Suche nach einem solchen Lager beleuchten. Der Auftakt der Reihe fand am Abend im Kieler Landeshaus statt.**

**Parlamentsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber eröffnete die vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit organisierte Veranstaltung und hob die Bedeutung des Dialogs mit den Bürgern hervor.**

„Die Frage nach einem atomaren Endlager stellte sich schon vor einem halben Jahrhundert“, sagte Eickhoff-Weber vor den rund 80 Gästen im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses. „Ich begrüße es, dass jetzt im breiten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen gesucht wird. Das muss mit großer Transparenz und Zuverlässigkeit geschehen.“ Die Lösungen müssten mit Blick auf die Zukunft nachhaltig sein, betonte die Vizepräsidentin des Landtages. „Auch und gerade in Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.“

Im Hinblick auf die aktuellen Demonstrationen für Klimaschutz und „großem Respekt für das Engagement derer, die über den Tag hinaus denken“, erinnerte Eickhoff-Weber im Kontext der heutigen Veranstaltung insbesondere an die Proteste vor fünf Jahrzehnten. „Mittlerweile haben wir gelernt, dass die mahnende Kritik vor 50 Jahren an der Endlager-Frage mehr als berechtigt war. Die Einführung einer solchen Technik, ohne auch nur eine Idee für das Problem der sicheren Einlagerung der Abfälle zu haben – so etwas darf sich in Zukunft nicht wiederholen.“ Jetzt habe aber Priorität, gemeinsam und sachlich in einem transparenten Beteiligungsprozess Lösungen zu finden.